

Mieten und Renten – wie „sozial“ ist die Politik der AfD?

Thema: Bezahlbarer Wohnraum, Mieten

Zu wenig bezahlbarer Wohnraum, ständig steigende Mieten, Verdrängung ins Umland. Die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist hochgradig angespannt – Tendenz steigend. Die Dimension dieses Problems wird umso deutlicher, wenn man weiß, dass über die Hälfte der Haushalte in Deutschland zur Miete wohnt. Und lt. Statistischem Bundesamt stellt die Miete den größten Ausgabenposten vieler Haushalte dar.

Und was sagt die AfD dazu?

In ihrem Programm für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag 2021 schreibt sie dazu

- „Die AfD ... lehnt staatliche Überregulierungen sowie Investitionshemmnisse wie die **Mietpreisbremse oder Mietendeckel** ab.“
- „**Der bisherige soziale Wohnungsbau** ist gescheitert. ... Es ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu unterstützen.“ Und bezogen auf das Baurecht fordert die AfD
- „... daher die Reduktion der überzogenen Standards und Vorgaben, die Streichung der Energieeinsparungsverordnung sowie den Brand-, den Wärme- und den Schallschutz auf ein **notwendiges Mindestmaß zurückzuführen**.“¹

Mit ihrer Ablehnung staatlicher Regulierung wie z.B. einer „**Mietpreisbremse**“ als „**Überregulierung**“ will die AfD die Chancen auf bezahlbaren Wohnraum offenkundig dem „freien Spiel des Marktes“ überlassen; getreu der Devise: Wer hohe Mieten zahlen kann, der bekommt den Zuschlag?!

Das ist einzig im Interesse von Vermietern, Immobilienkonzernen; aber nicht im Mieterinteresse!

Die AfD erklärt den sozialen Wohnungsbau für gescheitert und setzt stattdessen auf Wohngeld, also eine Art öffentlich geförderter Mieten. Gut für den Vermieter.

Für den Mieter bietet der Soziale Wohnungsbau allerdings mehr. Denn ein klug angelegter öffentlicher Wohnungsbau fördert sozial ausgewogene Quartiere. Er schließt die Versorgung mit notwendiger Infrastruktur - wie Kitas, Schulen, Nahverkehr – mit ein und ist so grundsätzlich in der Lage, Städte **für alle Menschen lebenswert** zu gestalten.

Genügend bezahlbarer Wohnraum darf nie und nimmer von der Entscheidung privater Profiteure abhängen. Wohnen ist ein Menschenrecht. Und der Staat hat dafür Sorge zu tragen.

Fazit: Die „Lösungen“ der AfD sind Scheinlösungen.

Und merke: wer die „Gesetze des freien Marktes“ ungebremst wirken lassen will, der macht nur die Starken immer stärker und die Schwachen schwächer.

¹ (Deutschland. Aber normal. Programm der AfD für die Wahl zum 20. Deutschen Bundestag, Dresden 2012, S. 168 ff)